

grün journal

Das Magazin der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

INHALT

Zoonosen

Bremen setzt sich für ein Importverbot für Wildtiere ein. **S. 2**

Bürger*innenanträge

Bürger*innenanträge werden in Bremen fortan deutlich erleichtert. **S. 3**

Subkultur

Erstmals gibt es einen eigenen Fördertopf für subkulturelle Projekte. **S. 4**

Mehr Hilfe bei Verschuldung

Das Bremer Regierungsbündnis weitet auf Initiative der Grünen-Fraktion die präventive Schuldner*innenberatung aus. Hintergrund: Viele Menschen haben im Zuge der Corona-Pandemie durch Kurzarbeit oder Arbeitsplatzverlust erhebliche Einkommenseinbußen erlitten und können ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen. Das Beratungsangebot soll künftig auch für Studierende, Soloselbstständige und Künstler*innen zugänglich sein.

Unterstützung für Studierende



Studierende erhalten zwei Semester länger BAföG. Dadurch sollen Nachteile durch die Corona-Pandemie ausgeglichen werden. Möglich macht das Bremer Regierungsbündnis das durch die Einführung einer individuellen Regelstudienzeit im Hochschulgesetz. Der längere BAföG-Bezug gilt demnach auch für jene Studierende, die zuletzt aus der Förderung herausgefallen sind.

„Mit der verlängerten Regelstudienzeit sorgen wir für einen lückenlosen Weiterbezug des BAföGs. Viele Studierende können die vorgegebene Regelstudienzeit nicht einhalten, da sie durch Corona mit verschiedensten Schwierigkeiten konfrontiert sind. In der Pandemie

können nicht alle Lehrveranstaltungen ohne Unterbrechung digital weitergeführt werden, Laborübungen oder auch Praktika entfallen. Das darf nicht dazu führen, dass Studierende in dieser für sie ohnehin angespannten Studiensituation in noch größere wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten. Mit der Novelle schützen wir sie vor dem Verlust des BAföGs“, erläutert die wissenschaftspolitische Sprecherin Solveig Eschen.

Die Gesetzesänderung stellt neben dem verlängerten BAföG-Bezug auch den nahtlosen Übergang vom Bachelor zum Masterstudium durch eine Fristverlängerung sicher. Außerdem ist in der Pandemie bei Prüfungen ein einmaliger Freiversuch möglich.

Wildtier-Import untersagen

Grünen-Fraktion will mit dem Verbot die Pandemie-Prävention und zugleich den Artenschutz stärken

Pocken, Aids, Ebola und jetzt Covid-19: Die meisten neu auftretenden Infektionskrankheiten der vergangenen Jahrzehnte sind Zoonosen – d.h. sie werden von Tieren auf Menschen übertragen. Durch die Zerstörung von Ökosystemen kommen bislang getrennt lebende Arten in Kontakt. Der Eingriff des Menschen in die Natur erhöht die Gefahr von Pandemien. Ein bis heute unterschätztes Problem ist dabei der Wildtierhandel, wie eine internationale Studie unter Beteiligung der Uni Göttingen unterstreicht. Allein für den deutschen Heimtiermarkt werden jährlich hunderttausend

Wildtiere importiert - ein Einfallstor für hochgefährliche Infektionskrankheiten, die vom Tier auf den Menschen übertragen werden. Vor diesem Hintergrund will das Bremer Regierungsbündnis auf grüne Initiative den Import von Wildfängen bis auf wenige Ausnahmen verbieten. Ebenso drängt die Koalition darauf, Exotenbörsen und den Internethandel mit Wildtieren zu untersagen. Mit einem Antrag wird der Senat nun aufgefordert, sich dafür auf Bundesebene stark zu machen.

Das Verbot von Wildtier-Importen ist Pandemie-Prävention und Artenschutz zugleich, so der tierpolitische

Sprecher Philipp Bruck: „Rund 75 Prozent der neu auftretenden Infektionskrankheiten stammen aus der Tierwelt, die meisten von Wildtieren. Der Handel und die Haltung von exotischen Wildtieren tragen zur Ausbreitung solcher Krankheiten bei. Um das Risiko einer nächsten Pandemie zu verringern, muss der Import von Wildtieren unterbunden werden. Ausnahmen dürfen allenfalls noch für Tiere gelten, deren Haltung unter Aspekten von Tierschutz, Artenschutz und Gesundheitsschutz unbedenklich ist.“

Die Zerstörung natürlicher Lebensräume etwa für die Massenviehzucht der Fleischindustrie muss auch zum Schutz vor Pandemien gestoppt werden, betont Philipp Bruck: „Der Raubbau an der Natur bringt Menschen in zu engen Kontakt mit Wildtieren als potenziellen Krankheitsüberträgern. Die Tiere rücken nach dem Verlust ihrer Lebensräume näher an die Städte heran. Auch die Wildtier-Märkte verstärken das Problem. Gesundheitsschutz und Ökologie sind zwei Seiten derselben Medaille. Wir sollten wilde Tiere einfach wilde Tiere sein lassen. Das schützt die Gesundheit und die Artenvielfalt.“



Bürgeranträge erleichtert

Bremen stärkt die direkte Demokratie. Bürger*innenanträge auf Landes- und Stadtebene werden erleichtert. Das sieht eine Gesetzesnovelle vor, die die Grünen-Fraktion initiiert hat. Für die Zulassung von Bürger*innenanträgen auf Landesebene wird das bisherige Quorum halbiert. Fortan können alle Bürger*innen ab 16 Jahre, die ihren Wohnsitz im Land Bremen haben, ihr Anliegen mit 2500 Unterschriften (vorher: 5000) auf die Tagesordnung des Landtags setzen. Für die Stadtbürgerschaft reichen künftig ebenfalls 2500 Unterschriften, zuvor waren es 4000. Mit der Reform sind künftig erstmals auch Bürger*innenanträge zu finanzwirksamen Themen zulässig.

Die Gesetzesänderung erhöht die Gestaltungschancen von Bürger*innen.

„Die Bürger*innen können ihre Themen nach dieser Reform deutlich leichter einbringen. Damit nimmt Bremen im bundesweiten Vergleich eine Spitzenposition ein“, betont Ralph Saxe.

Bremen mit Spitzenposition

Der Sprecher für Demokratie und Bürgerbeteiligung hofft, dass die Menschen von dieser Möglichkeit rege Gebrauch machen. „Der direkte politische Austausch von Parlament und Bürger*innen zum Für und Wider eines Anliegens

stärkt das Gemeinwesen und die demokratische Teilhabe. Das fördert gerade in Zeiten von grassierendem Populismus und Angriffen auf demokratische Institutionen das gegenseitige Zuhören, die Kompromissfähigkeit und die gemeinsame Entscheidungsfindung“, unterstreicht Ralph Saxe.

Um die Bandbreite an möglichen Themen zu erhöhen, sind künftig auch finanzwirksame Bürger*innenanträge zulässig. Weil ein Bürger*innenantrag nur mit der Zustimmung des gewählten Parlaments in ein Gesetz münden kann, bleibt die verfassungsrechtlich verbrieft Budgethoheit des Haushaltsgesetzgebers bei dieser Reform gewahrt.

Gesundheitsdienst stärken

Der Öffentliche Gesundheitsdienst wird über die Corona-Pandemie hinaus gestärkt. Das hat die Bürgerschaft auf Initiative der Grünen beschlossen. Der Senat ist damit gefordert, die Gesundheitsförderung in Quartieren mit besonderen Problemlagen voranzutreiben. Auch sollen die Aufgaben des Gesundheitsdienstes an die demographischen Entwicklung und zunehmende Diversität

der Gesellschaft angepasst werden. Voraussetzung dafür ist, die chronische Unterfinanzierung und Unterbesetzung in den Gesundheitsämtern zu überwinden. Dafür soll der Senat Mittel aus dem Bremen-Fonds nutzen, aber auch die Ko-Finanzierung von Bundesmitteln aus dem ‚Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst‘ sicherstellen.

„Die Corona-Pandemie hat schonungslos offengelegt, wie fragil

der Öffentliche Gesundheitsdienst ist. Damit alle Menschen in Bremen und Bremerhaven möglichst gleiche Chancen auf ein langes und gesundes Leben haben, muss der Öffentliche Gesundheitsdienst auf ein solides Fundament gestellt werden. Wir müssen jetzt die Weichen für eine sichere öffentliche Gesundheitsversorgung im Land Bremen stellen“, so die gesundheitspolitische Sprecherin Ilona Osterkamp-Weber.

Eigener Etat für Subkultur

Grüne sorgen für komplett neuen Förderansatz bei jungen und experimentellen Projekten



Für die junge Szene und subkulturelle Projekte gibt es in Bremen erstmals eigene Förderöpfe. Im diesjährigen Haushalt stehen dafür 200.000 Euro bereit. Mit dem neuen Förderansatz geht eine mehrmalige Mittelvergabe pro Jahr einher. So kann flexibel auf die experimentelle Ausrichtung und die Spontanität der Szene reagiert werden. Zugleich wird der bürokratische Aufwand für die häufig ehrenamtlichen Macher*innen gering gehalten. Die Grünen-Fraktion hat sich seit langem für dieses neue Förderinstrument eingesetzt. Damit wird eine innovative Szene unterstützt, die für Bremens Anziehungskraft auf junge Menschen von enormer Bedeutung ist.

„Junge Menschen und subkulturelle Initiativen hatten es in der

Vergangenheit schwer, an Kulturförderung zu gelangen. Sie fielen durchs Raster, weil sie spontaner und experimenteller arbeiten. Gerade die subkulturelle und die junge Kulturszene sind stark vom ehrenamtlichen Engagement geprägt. Hier können wir Projekten schon mit relativ geringen Mitteln viel weiterhelfen“, erläutert die kulturpolitische Sprecherin Kai Wargalla. Dass der Bedarf hoch ist und bisher eine Förderlücke bestand, zeigt die hohe Zahl der Anträge für die erste Tranche. „Es gibt in Bremen super viele kulturelle Aktivitäten, die abseits der bestehenden Strukturen laufen. Die Kulturschaffenden sprudeln nur so vor Ideen. Sie machen Bremen lebenswert, bunt, aufregend und besonders für junge Menschen attraktiv“, so Kai Wargalla.

Popbüro für Bremen

Bremen richtet ein Popbüro ein. Die Initiative für diese zielgenaue Unterstützung der Musikszene ging von der kulturpolitischen Sprecherin Kai Wargalla aus. Mit dem Popbüro sollen die Musikwirtschaft, Bands, Clubs und Labels unterstützt werden. Das Popbüro soll die Musikbranche u.a. bei der Aneignung unternehmerischer Grundlagen, bei der Nutzung von Förderprogrammen oder auch bei der Suche nach Sponsoren unterstützen und dabei eng mit den bereits bestehenden Verbänden zusammenarbeiten. Die gut 100 Unternehmen in diesem Bereich sind von großer Bedeutung für das Innovationspotenzial Bremens und für eine attraktive Stadt mit lebendiger Kulturlandschaft.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der Bremischen Bürgerschaft

Altenwall 25, 28195 Bremen
Tel.: 0421 /3011-0
E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de
ViSdP: Matthias Makosch
Texte: Matthias Makosch
Fotos: iStockphoto

Druck: Geffken & Köllner, Bremen